



Bundesministerium  
für Gesundheit

Bundesministerium für Gesundheit, 11055 Berlin

Präsidentin des Deutschen Bundestages  
- Parlamentssekretariat -  
11011 Berlin

**Sabine Dittmar**

Parlamentarische Staatssekretärin  
Mitglied des Deutschen Bundestages

HAUSANSCHRIFT Mauerstraße 29, 10117 Berlin  
POSTANSCHRIFT 11055 Berlin

TEL +49 (0)30 18441-1070

FAX +49 (0)30 18441-1074

E-MAIL [PStin.Sabine.Dittmar@bmg.bund.de](mailto:PStin.Sabine.Dittmar@bmg.bund.de)

Berlin, 3. März 2023

**Kleine Anfrage der Abgeordneten Thomas Seitz, Stephan Brandner, Tobias Matthias Peterka und der Fraktion der AfD betreffend „Umstrittene Information des Bundesministeriums für Gesundheit“, BT-Drs.20/5498**

Anlagen: -

Sehr geehrte Frau Bundestagspräsidentin,

auf die Kleine Anfrage übersende ich namens der Bundesregierung die beigefügte Antwort.

Mit freundlichen Grüßen

## **Antwort der Bundesregierung auf die**

### **Kleine Anfrage**

**der Abgeordneten Thomas Seitz, Stephan Brandner, Tobias Matthias Peterka und der Fraktion der AfD**

#### **Umstrittene Information des Bundesministeriums für Gesundheit**

Es wird Bezug genommen auf die Kleine Anfrage der Fraktion der AfD auf Bundestagsdrucksache 20/4480 und die Antwort der Bundesregierung auf Bundestagsdrucksache 20/4789.

Bezogen auf eine Äußerung der damaligen Regierungssprecherin Ulrike Demmer vom 18. Mai 2020 fragten die Abgeordneten, ob es Gespräche der Bundesregierung mit Vertretern von YouTube (Google) gab, in denen die Verbreitung von gesundheitsbezogener Desinformation zum Thema Corona Gegenstand war. Darauf antwortete die Bundesregierung am 1. Dezember 2022: „Diesbezügliche Gespräche fanden mit Vertreterinnen oder Vertretern von Youtube/-Google nicht statt“ (s.o.). Auf die weitere Frage, ob entsprechende Gespräche mit anderen Plattformbetreibern statt-fanden, antwortete die Bundesregierung: „Diesbezügliche Gespräche fanden nicht statt“ (s.o.).

Am 25. Januar 2023 berichtete die BILD-Zeitung unter dem Titel „Ent-hüllt: Geheim-Gipfel mit Facebook und Google – Ließ die Bundesregierung unliebsame Corona-Meinungen löschen?“ über ein „vertrauliches“ Treffen im Bundespresseamt am 2. Juni 2020. Auf Einladung der Bundes-regierung hätten sich Vertreter mehrerer Bundesministerien sowie Top-Manager von Facebook und Google (YouTube) zu einem „Gipfel“ im Bundespresseamt eingefunden, um die „Verbreitung von Fehl-, Falsch- und Desinformationen“ auf den sozialen Netzwerken im Zuge der Corona-Pandemie zu besprechen. Ziel der Unterredung sei es gewesen, zu klären, „wie der damit verbundenen Herausforderung grundsätzlich begegnet werden kann“ (<https://www.bild.de/politik/inland/politik-inland/enthueellt-geheim-gipfel-mit-facebook-und-google-liess-die-regierung-unliebsame-c-82666226.bild.html>).

Dem Bericht zufolge hat ein Sprecher der Bundesregierung den „Geheim-Gipfel“ am 2. Juni 2020 gegenüber der BILD-Zeitung bestätigt, sodass in den Augen Fragesteller das Treffen damit als belegt gelten kann (ebd.).

Wir fragen die Bundesregierung:

1. Wie erklärt die Bundesregierung die offenkundig unzutreffende Information (vgl. Vorbemerkung) in ihrer Antwort vom 1. Dezember 2022 auf die Kleine Anfrage auf Bundestagsdrucksache 20/4480?

Antwort:

Die Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Fraktion der AfD – Drucksache 20/4480 – Maßnahmen der Bundesregierung gegen sogenannte Desinformation im Gesundheitsbereich (Drucksache 20/4789 vom 1. Dezember 2022) wurde nach bestem Wissen wahrheitsgemäß gegeben. In der Fragestellung selbst erfolgte kein zeitlicher Bezug zu vorangegangenen Legislaturperioden. Insofern bezog das Bundesministerium für Gesundheit, wie im parlamentarischen Fragesystem üblich, die Frage auf die aktuelle Bundesregierung. Die in der Vorbemerkung erwähnte Veranstaltung fand hingegen in der vergangenen Legislaturperiode statt.

2. Wer waren die Teilnehmer an der Besprechung?

Antwort:

Teilgenommen haben folgende Bundesressorts: Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat (StS Dr. Markus Kerber), Presse- und Informationsamt der Bundesregierung (StS Steffen Seibert), Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (StSin Juliane Seifert), Bundesministerium für Gesundheit (StS Dr. Thomas Steffen), Auswärtiges Amt (Beauftragter für Strategische Kommunikation Andreas Kindl), Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz (StSin Dr. Margaretha Sudhof). Auch der Präsident der Bundeszentrale für politische Bildung nahm an dem Gespräch teil. Teilweise wurden die genannten Personen durch Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus ihrem jeweiligen Ressort begleitet.

Daneben haben Vertreterinnen und Vertreter der Plattformen (YouTube und Facebook), der Zivilgesellschaft (Stiftung Neue Verantwortung, Correctiv gGmbH und Amadeu Antonio Stiftung) sowie der Wissenschaft (Universität Kassel) an dem Gespräch teilgenommen.

3. Auf wessen Initiative erfolgte die Einladung zu dem Treffen?

Antwort:

Die Einladung zu dem Treffen erfolgte gemeinsam durch das Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat und das Presse- und Informationsamt der Bundesregierung.

4. Auf welche Weise erfolgte die Einladung zu dem Treffen und wer hat eingeladen?

Antwort:

Die Einladung wurde per E-Mail im Namen von StS Markus Kerber und StS Steffen Seibert versendet.

5. Zu welchem Ergebnis kamen die Teilnehmer an der Besprechung bei der Klärung der Frage, wie der Herausforderung „Verbreitung von Fehl-, Falsch- und Desinformation auf sozialen Netzwerken im Zusammenhang mit Corona“ grundsätzlich begegnet werden kann (vgl. Vorbemerkung)?
6. Haben die vertretenen Unternehmen Maßnahmen zur Lösung dieser „Herausforderung“ angekündigt, wurden solche Maßnahmen besprochen, angedacht oder entwickelt oder haben die vertretenen Unternehmen versprochen, sich um die „Herausforderung“ kümmern und entsprechende Maßnahmen entwickeln zu wollen (vgl. Vorbemerkung)? Wenn die Vorfrage mit „ja“ beantwortet wird, um welche Maßnahmen welcher Unternehmen handelt es sich?

Antwort:

Die Fragen 5 und 6 werden wegen des Sachzusammenhangs gemeinsam beantwortet.

Das Gespräch diente einem allgemeinen Erfahrungs- und Gedankenaustausch und hatte nicht den Zweck, konkrete Maßnahmen und Ideen der Unternehmen zu entwickeln. Es bestand Konsens, dass es bei der Bekämpfung von Desinformation eines breiten, vielschichtigen und gesamtgesellschaftlichen Ansatzes bedarf.

7. Haben die vertretenen Unternehmen um Vertraulichkeit gebeten (vgl. Vorbemerkung)? Wenn die Vorfrage mit „nein“ beantwortet wird, hat die Bundesregierung um Vertraulichkeit gebeten (vgl. Vorbemerkung)?

Antwort:

Weder haben die Unternehmen die Bundesregierung noch hat die Bundesregierung die Unternehmen um Vertraulichkeit zu dem Treffen gebeten.

8. Aus welchem Grund bestand das Bedürfnis nach vertraulicher Behandlung des Gesprächs (vgl. Vorbemerkung)?

Antwort:

Siehe die Antwort der Bundesregierung auf die Frage 7.

9. Wurden die eingeladenen Unternehmen in der Einladung auf die Vertraulichkeit hingewiesen? Wenn nein, wann wurde besprochen, dass das Gespräch vertraulich behandelt werden soll?

Antwort:

Siehe die Antwort der Bundesregierung auf die Frage 7.

10. Gab es im Nachgang der Besprechung vom 2. Juni 2020 weitere Gespräche zwischen Vertretern der Bundesregierung, des Bundespresseamts oder nachgelagerter Ministerien und Vertretern von Unternehmen, in denen die „Verbreitung von Fehl-, Falsch- oder Desinformation“ Thema war?
11. Wenn Frage 10 mit „ja“ beantwortet wird,
- wann und wo fanden die Gespräche jeweils statt?
  - wer waren jeweils die Teilnehmer an den betreffenden Gesprächen?
  - was wurde jeweils konkret besprochen?
  - was wurde jeweils beschlossen?

Antwort:

Die Fragen 10 und 11 werden aufgrund des Sachzusammenhangs gemeinsam beantwortet.

Es wird auf die Antwort der Bundesregierung auf die Frage 6 der Kleinen Anfrage der Fraktion der AfD – Drucksache 20/4340 – Dokument „Laufende Aktivitäten der Ressorts und Behörden gegen Desinformation im Zusammenhang mit RUS Krieg gegen UKR“ (Drucksache 20/4948 vom 12. Dezember 2022) verwiesen. Darüber hinaus fanden keine Gespräche zur o.g. Thematik wie am 2. Juni 2020 statt.